

Eine erneute Wende in den US-amerikanisch-russischen Beziehungen hat Kiew schockiert, die europäischen Verbündeten empört und weltweit für Ratlosigkeit gesorgt: Zum ersten Mal hat die US-Regierung gegenüber Moskau eine Entscheidung getroffen, bei der die Interessen Kiews schlicht übergangen wurden. Eine Analyse von **Fjodor Lukjanow**, Forschungsdirektor des Waldai-Klubs, Vorsitzender des Präsidiums des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik sowie Chefredakteur der Zeitschrift *Russia in Global Affairs*, über die Hintergründe und was sie für die Zukunft bedeutet. Aus dem Russischen übersetzt von **Éva Péli**.

Die überraschende Entscheidung der US-Regierung unter Donald Trump, die Sanktionen gegen Lieferungen von russischem Dieselmotorkraftstoff vorübergehend auszusetzen, steht in direktem Widerspruch zu den jüngsten Schritten Washingtons — etwa der Verabschiedung eines scharfen Sanktionsgesetzes und der Absicht, damit den Druck auf Moskau zu erhöhen.

Manche führen diesen Schritt auf die Eigenmächtigkeit des US-Präsidenten zurück, andere sehen darin die Ansätze einer neuen Strategie, und wieder andere deuten ihn als grundlegenden Kursschwenk in der Ukraine-Politik. Um die tatsächliche Logik dahinter zu verstehen, muss man den Blick von den Äußerlichkeiten befreien — allen voran vom gewohnt schrillen Auftreten des US-Präsidenten. Seine oft grenzwertig anmutenden Auftritte sind meist nur die äußere Hülle einer knallharten Zielsetzung. Ob diese im Ergebnis richtig oder falsch ist, steht auf einem anderen Blatt.

Wolodymyr Selenskyj wurde zum Sündenbock für die steigenden Spritpreise an den US-Tankstellen gemacht – und wer Trump kennt, weiß: Es ist unmöglich, ihm eine einmal gefasste Meinung wieder auszureden. Der eigentliche Auslöser für Trumps Schwenk dürfte in der US-Innenpolitik liegen: In wenigen Wochen stehen die Zwischenwahlen zum US-Kongress an, und die Aussichten für die Republikaner sind düster. Trump gibt sich nach außen hin zwar unbeeindruckt, doch der Verlust beider US-Kongresskammern würde für ihn zwei Jahre Dauerfeuer und zermürbenden Machtkampf bedeuten.

Trump weiß vermutlich, dass er die Wirtschaftslage — insbesondere die Inflation an den US-Tankstellen – bis zum Wahltag nicht mehr realistisch drehen kann. Ihm geht es jetzt vor allem um das psychologische Signal. Russland ist dabei keineswegs das erste Land, das die US-Regierung darum bittet, mehr Treibstoff auf den Weltmarkt zu bringen. Und je mehr solcher Deals zustande kommen, desto lauter wird das Weiße Haus verkünden, wie unermüdlich der US-Präsident für den Geldbeutel des einfachen US-Bürgers kämpft. Dieser soll dabei möglichst vergessen, dass diese Notlage erst durch Trumps eigene Eskalationspolitik im Persischen Golf entstanden ist.

Wie gut dieser Schachzug aufgeht, wird sich zeigen. Doch die Handlung folgt einer klaren, rationalen Kalkulation. Dass sie früheren Aussagen und Prinzipien widerspricht, kümmert Trump nicht im Geringsten. Für ihn besitzen Worte nur in dem Moment Wert, in dem er sie ausspricht – danach nicht mehr.

Was bedeutet das für Russland?

Was bedeutet diese Entwicklung für Russland – abgesehen von der willkommenen Einnahmequelle für den Staatshaushalt? Das Analyseprojekt „Watfor“ bringt den entscheidenden Aspekt auf den Punkt: Zum ersten Mal seit Beginn der Eskalation hat ein US-Präsident gegenüber Moskau einen Schritt vollzogen, bei dem die Ukraine als Faktor überhaupt keine Rolle mehr spielt. War Kiew bisher bei allen Entscheidungen mitberücksichtigt worden, wurde es diesmal nicht nur ignoriert – der Deal läuft den Interessen der Ukraine in ihrer ohnehin schwierigen Lage direkt zuwider. Daher auch die tiefe Verbitterung der ukrainischen Führung: *Man fühlt sich hintergangen.*

Das Vorgehen Washingtons skizziert bereits das Modell, nach dem die Beziehungen zu den US-Behörden nach dem Ende der heißen Phase des Konflikts verlaufen dürften. Für diese Missachtung Kiews gibt es mehrere Gründe. Der wichtigste: Selenskyjs Weigerung, auf Bitten Washingtons einzugehen und die Angriffe auf die russische Energieinfrastruktur einzustellen. Für die Ukraine ist dies derzeit ein zentrales Mittel der Kriegführung – Warnungen aus den US-Regierungskreisen werden schlicht ignoriert.

Dass Trump sich nun ausgerechnet auf russischen Diesel versteift hat – dessen Freigabe die Weltmarktlage zwar entlastet, aber kaum revolutionieren wird –, entspricht seiner ganz besonderen Eigenart. Dennoch hat Kiew nun das Nachsehen und wird für die hohen US-Spritpreise verantwortlich gemacht. Trumps Bauchentscheidungen sind unumstößlich; die ukrainischen Einwände wurden schlicht beiseitegefedt.

US-Aufklärungsdaten als Hebel gegen Kiew

Nun zum Kern der Sache: Um die ukrainischen Angriffe auf russische Ziele wirksam zu stoppen oder einzudämmen, müssten die US-Streitkräfte die Übermittlung von Aufklärungs- und Zieldaten einstellen. Vor eineinhalb Jahren hat Trump genau das schon einmal kurzfristig als Erziehungsmaßnahme durchgezogen – für zwei Tage. Ein dauerhafter Stopp der US-Aufklärungshilfe würde jedoch bedeuten, die Ausrichtung Washingtons in diesem Krieg fundamental zu ändern und sich faktisch vom Partner Kiew zu distanzieren. Ob Trump den Mut und die Macht dazu hat, bleibt ungewiss.

Die informelle Allianz jener Kräfte, die an einer Fortsetzung des Krieges interessiert sind, ist gewaltig – sie reicht vom US-Militärkomplex über die neuen US-Tech-Giganten bis hin zu Europa und dessen Unterstützern in Washington. Schon als Trump das letzte Mal seine Vorstellungen von einem Kriegsende (nach den Verhandlungen in Anchorage) durchsetzen wollte, scheiterte er am Widerstand dieses Netzwerks.

Ob es ihm diesmal gelingt, ist offen. Wenn nicht, wird das Thema nach den US-Wahlen von selbst im Sande verlaufen, da der Druck für propagandistische Erfolge vorerst nachlässt. Dennoch ist dies ein Schlüsselmoment: ein Test, ob die US-Führung ihre Verbündeten noch auf Linie bringen kann. Gelingt dies, könnte sich tatsächlich ein Fenster für Verhandlungen öffnen.

Neue Blaupause für die Beziehungen nach dem Krieg

Für Russland ergibt sich daraus noch eine zweite wichtige Erkenntnis: Das Vorgehen Washingtons zeigt bereits die Blaupause für die diplomatischen Beziehungen nach dem Ende der militärischen Phase des Konflikts. Zu einer offiziellen Aufhebung des gigantischen Sanktionspakets gegen Moskau wird es nicht kommen — das ist bürokratisch und politisch schlicht unmöglich. Die Sanktionen bleiben auf dem Papier bestehen. Aber ob sie durchgesetzt oder ausgesetzt werden, wird rein opportunistisch entschieden:

- Dient eine Sanktion den US-Interessen nicht mehr, wird sie vorübergehend auf Eis gelegt.
- Ändert sich die Lage wieder, setzt man sie erneut in Kraft.

Die US-Politik unterscheidet sich von der europäischen durch einen weitaus größeren Pragmatismus. Washington zeigt kein Problem damit, hochtrabende Rhetorik bei Bedarf blitzschnell über Bord zu werfen – und genauso schnell wieder herauszuholen, wenn es nützlich ist.

Der Konflikt um die Ukraine hat eine Phase erreicht, in der der Ausgang weit mehr prägen wird als nur die Zukunft dieses konkreten Konflikts. Die Geometrie der künftigen Weltordnung – zumindest im Verhältnis zwischen Russland und dem gespaltenen Westen – nimmt langsam Form an. Sie bleibt jedoch extrem dynamisch.

Der Beitrag ist am 11. Oktober 2026 in der [Rossijskaja Gazeta](#) erschienen.

Stimmen aus Russland – Trumps neuer Russland-Kurs: Wenn die Ukraine plötzlich keine Rolle mehr spielt | Veröffentlicht am: 16. Oktober 2026 | 4

Titelbild: © Tilo Gräser